

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0004/10	11.01.2010

zum/zur

A0173/09 FDP - Ratsfraktion

Bezeichnung

Modellvorhaben Schulobstprogramm

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	19.01.2010
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	16.02.2010
Jugendhilfeausschuss	18.02.2010
Finanz- und Grundstücksausschuss	24.02.2010
Stadtrat	25.03.2010

Die FDP-Ratsfraktion beantragt folgenden Beschluss:

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt sich als Partner für die geplanten Modellvorhaben zur Umsetzung des Schulobstprogramms der EU zur Verfügung.

Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 15.10.2009 das Kultusministerium und das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt angefragt, ob Modellvorhaben zum Schulobstprogramm geplant sind und wenn ja, ob und wie man Partner werden kann.

Das Kultusministerium sandte mit Schreiben vom 28.10.2009 eine Abgabennachricht an das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Von dort erhielt die Verwaltung mit Schreiben vom 16.12.2009 folgende Mitteilung:

„...für Ihr Interesse an einer gesunden Ernährung der Kinder in schulischen Einrichtungen im Rahmen des Schulobstprogramms bedanke ich mich.

Das am 18.12.2008 vom Rat beschlossene europäische Schulobstprogramm (Verordnung (EG) Nr. 13/2009 sieht die Möglichkeit, vor pro Jahr 90 Mio. Euro als Gemeinschaftshilfe für neue Schulobstprogramme in den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen.

Um am EU-Schulobstprogramm ab Schuljahr 2010/2011 teilnehmen zu können, muss zunächst eine Strategie erarbeitet werden.

Als Eckpunkte zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Sachsen-Anhalt sollen frisches/zubereitetes Obst und Gemüse aus regionaler Erzeugung, nach jahreszeitlichem Angebot für Grund- und Förderschulen sowie Kindertagesstätten einbezogen werden.

Auf Grund der Bedeutung einer gesunden Ernährung von Schülerinnen und Schülern sowie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Thematik und der Tragweite der anstehenden Entscheidungen zur Lösung dieser Aufgabe – auch insbesondere der Kostenfrage – sollen alle hier Betroffenen in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.

Kleine Modellvorhaben sind in den Planungen zunächst im Rahmen einer kostenlosen Abgabe von Äpfeln aus dem Sortenversuchsanbau der Landesanstalt für Landwirtschaft, Forsten, und Gartenbau (LLFG) an Grundschulen vorgesehen. Auf diese Weise könnten auch Schulen in Magdeburg insgesamt ca. 7 t Äpfel kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Äpfel verschiedener Sorten lagern zzt. noch bei der LLFG in Quedlinburg-Ditfurt und können je nach Sorte und Bedarf ausgelagert und verpackt werden. Lediglich der Transport müsste durch Dritte übernommen werden.

Wie im Vorfeld bereits mit Ihnen besprochen, wenden Sie sich bitte wegen der näheren Einzelheiten an die Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. als koordinierende Stelle...“.

Die Stadtverwaltung erhielt im November 2009 von der o.g. Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. per E-Mail Kenntnis von der kostenlosen Ditfurter Schulapfel-Aktion. Daraufhin wurden die verschiedenen Essenanbieter der Grund- und Förderschulen angefragt, ob sie zur Minimierung der Transportkosten bereit sind, diese kostenlosen Äpfel in Verbindung mit der Essenanlieferung an die Schulen auszuliefern. Für den Transport der Äpfel von Ditfurt an die Essenanbieter hat sich die AQB bereit erklärt, ein Fahrzeug und einen Fahrer zur Verfügung zu stellen und der Fachbereich Schule und Sport hat die Benzinkosten übernommen. Die Schulleitungen wurden über die Schulapfelaktion informiert, mit der Bitte, dass die bei der Esseneinnahme aufsichtsführenden Lehrer auch die Schulapfelaktion beaufsichtigen. So konnten in der letzten Schulwoche im Dezember 2009 1,5 t Äpfel an mehrere Tausend Magdeburger Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden, weitere 1,5 t werden im Januar 2010 verteilt.

Diese Verfahrensweise wurde auf Grund der einmaligen und eiligen Aktion gewählt, kann aber keine Dauerlösung sein. Insbesondere der personelle und logistische Aufwand des Transportes bedarf dringend einer Klärung. Darauf haben die Essenanbieter ausdrücklich hingewiesen. Im oben zitierten Brief hat das Land angekündigt, alle Beteiligten in den Prozess der weiteren Überlegungen einzubeziehen, so dass die Erfahrungen der Ditfurter Schulapfel-Aktion in die Entscheidungen zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms für das kommende Schuljahr einfließen können.

Der Fachbereich Schule und Sport wird den Ausschuss für Schule und Sport über das weitere Vorgehen des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt informieren.

Dr. Koch